

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint 2 mal im Monat. — Bezugspreis monatlich 0.20 Mk. (sogenannte Goldmark). — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandlungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang Boder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.40 Mk. (sogenannte Goldmark). Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geil, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 48/52

Sonntag, den 22. Dezember 1923

27. Jahrgang

Die Umstellung der Löhne.

Mit der Stabilisierung der Währung auf Rentenmark hat sich in den letzten zwei Wochen eine Preisentwicklung bemerkbar gemacht, die besonders von der Arbeiterschaft begrüßt wird. Noch wissen wir nicht mit Bestimmtheit, ob diese Besserung anhält, denn viele Hoffnungen sind im Laufe der letzten Jahre zerstört worden. Ihre Auswirkungen trafen immer ausnahmslos mit voller Wucht die Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die pessimistische Stimmung im arbeitenden Volk gegenüber der Preisentwicklung und der Währungsstellung vorherrscht. Diese Umstellung zeigt deutlich, wie fürchterlich arm das deutsche Volk auf allen Gebieten geworden ist und in welcher schwindelhafter Weise die Inflation mit ihm gespielt hat. — Nun muß in ganz natürlicher Entwicklung eine andre Lohnberechnung stattfinden, damit die vierteljährlichen Kassen hoffentlich dauernd der Vergangenheit angehören. Leider zeigt sich dabei wieder, mit welcher Unverfrorenheit ein Teil der Arbeitgeber glaubt, seine Betriebe im Gang zu behalten oder wieder in Gang zu bringen. Niedrige Löhne und möglichst verlängerte Arbeitszeit sollen die Basis abgeben, auf der die daniederliegende Industrie sich wieder erholen und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein soll. — Die Anzeichen der Preisentwicklung sind den Arbeitgebern schon Beweis und Begründung genug, um nun auch sofort die Löhne beträchtlich abzuhauen. In den neueren Verhandlungen der letzten 2 Wochen rufen die Arbeitgeber der Natursteinindustrie mit sogenannten Goldlöhnen als Angebot heraus, die, gelinde gesagt, eine dreifache Prevonkation der Arbeiter bedeuten. Die Vorkriegslöhne lassen sie kaum gelten. Daß die Friedenspreise für die Lebensbedürfnisse um 100, 200 und mehr Prozent gestiegen sind und daß die bis jetzt vollzogene Preisentwicklung die Arbeitgeber nicht berechtigt, sofort vom Lohn abzugeben, ist, zumal bei den Preissteigerungen die Löhne ungenügend und nie sofort gefolgt sind. Diese Beweisführung lehnen die Arbeitgeber mit dem bekannten Verhandlungslächeln glatt ab. Sie wehren sich weiter ganz entschieden, wenn zum Beispiel die bis jetzt bestehenden Milliardenpapiergeldlöhne nach dem Goldstand umgerechnet werden. Sie lassen den Einwand nicht gelten, daß die so umgerechneten Stundenlöhne doch keine größere Kaufkraft haben, auch dann nicht, wenn sie als Goldlöhne — bezeichnet werden. Die Arbeitgeber bieten schamlos 30 bis 50 Prozent unter den auf diese Art umgerechneten Löhnen, weil es nunmehr — „Goldlöhne“ seien, deren Risiko der Betrieb jetzt allein tragen müsse. Kürzlich fand in einem größeren Pflastersteinbezirk eine Lohnverhandlung statt. Die Papiermarklöhne betragen in der Spitze nach der letzten Auszahlung 450 Milliarden Mark pro Stunde. Die Umrechnung ergab, wenn der Währungsstand einen Sinn haben soll, 45 Rentenpfennige. Mit diesen 45 Pfg. hätten die Kollegen mit Rücksicht auf die Gesamtsituation sich zufrieden gegeben. Die Arbeitgeber aber lehnten ab, sogar einen Schiedspruch in diesem Sinne, und boten statt dessen — 24 Pfg. Das Gebot mit den sogenannten Goldlöhnen wird in diesem Zusammenhang geradezu ein großer Unfug. Wenn wir nun dazu sagen, daß dieses Angebot eine Prevonkation der Kollegen bedeutet, dann ist eine solche Bezeichnung wirklich sehr zahm. Den Arbeitgebern, auch wenn sie jetzt nach ihrer Auffassung die Trümmer in der Hand haben, mag in aller Ruhe aber deutlich gelaat sein, daß die Dinge nicht gehen und sie sollten sich wirklich hüten — auf Grund von Erfahrungen —, auf diese Art mit der Vernunft und der Lebensmöglichkeit der Arbeiter direkt zu spielen. Durch solche Entlohnungsabsichten zerbrechen sie selber jeden Tarifgedanken und sie brauchen sich nicht groß zu wundern, wenn künftig die Arbeiter rückwärtslos jede günstige Gelegenheit ausnutzen und auf Erhöhung der Löhne bestehen. Die Arbeitgeber in der Steinindustrie können sich doch nicht der Einsicht verschließen, daß der gegenwärtigen Geschäftslage eine andre folgt und es wirklich ein direkt gefährliches Beginnen ist, wenn die Arbeitgeber so verfahren, wie vorstehend dargestellt wurde. Ein bekannter alter Wahrheitspruch sagt: „Druck erzeugt Gegendruck!“

Sehr oft haben in der verflochtenen Zeit die Arbeitgeber geklagt, bei der Papiermarkwirtschaft nicht sicher und dauernd kalkulierbar zu können, obgleich feststeht, daß sie im letzten Jahre durchweg Goldmarkkalkulation hatten und es wohl immer verstanden haben, ihr Schicksal ins Trockene zu bringen. Nicht alle, das mag gern zugegeben werden. Doch zugegeben werden muß auch die außerordentliche Strangulation der Lebenshaltung der Arbeiter durch die Inflation. Und wenn die Arbeitgeber nunmehr glauben, durch wirkliche Kalkulation ihre Kalkulation stabilisieren zu können, dann geben sie sich einer großen Täuschung hin.

Die Regelung der Beamtenegehälter im Staat, bei der ein gewisser „Verarmungsfaktor“ eine Rolle spielte, kann für die Löhne in der Natursteinindustrie nicht vorbildlich sein. Die Arbeitgeber haben ja auch in der hinter uns liegenden Periode sich stets gewehrt, die staatliche Regelung zum Muster zu nehmen, weil es ihnen etwas kostete. Nunmehr, wo für die Kosten die Arbeiterschaft in Betracht kommen möchte, soll die Beamten- und Staatsarbeiterregelung als Muster dienen. Nein und abermals nein! Auch dann nicht, wenn die augerblöckliche Notlage durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit die Kollegen zwingt, sich mehr zu fügen, wie ihnen gut und erträglich dünkt.

In verschiedenen Lohngebieten haben die Steinarbeiter mit aller Offenheit erklärt, daß sie der Geschäftslage Rechnung tragen wollen und im weiteren nicht abgeneigt sind, bei einer dauernden Preisentwicklung auf den Vorkriegsstand und bei einer dauernden Stabilisierung der Währung sich mit der Einführung der Vorkriegslöhne als Übergang abzufinden. Doch eine Unterschreitung dieser Grenze wird den erbittertesten Widerstand finden, der sicherlich nicht zur Stabilisierung der Kalkulation und zur Hebung der Produktivität in der Natursteinindustrie beitragen wird.

Die Deutsche Arbeitgeberzeitung vom 9. Dezember bringt einen Artikel mit der Überschrift: „Die Gründe der Uebersteuerung“, worin der Bayer. Industriellen-Verband in 8 Beweissätzen darlegt, daß der Goldpreis der Waren nicht mit dem Vorkriegspreis übereinstimmen kann; als Schlussfolgerung heißt es dann: „Mit einer Preiserhöhung auf allen Gebieten muß man sich daher abfinden.“ Dieses Eingeständnis von jener Seite ist der treffendste Beweis dafür, daß nicht einmal die Vorkriegslöhne genügen, um dem Arbeiter die Existenz zu gewährleisten. Von einer Unterschreitung dieser Löhne kann demnach in allen Zweigen der Natursteinindustrie nicht die Rede sein!

Wie können sich Reich, Staat und Gemeinde vor Uebersteuerung durch die Steinindustriellen schützen.

Durch Selbstbewirtschaftung steinindustrieller Betriebe! Das trifft ganz besonders auf den Wegebau zu. Die Pflasterstein- und Schotterwerke liefern fast ausschließlich für Staats- und Kommunalbehörden, was liegt da näher, als daß die im Erdboden ruhenden Steinmässe in eigener Regie gewonnen und bearbeitet werden. Dann brauchen solche Klagen, wie sie als Antwort auf unsre an die staatlichen und städtischen Behörden gerichtete Eingabe vom 9. Oktober betreffs Arbeitsbeschaffung bei uns eingelaufen sind, nicht mehr erhoben werden.

Wie steht es nun mit der praktischen Durchführung unsrer schon oft erhobenen Forderung der Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung der betreffenden Betriebe? Zunächst die Frage des Grund- und Bodenbesitzes. Privatbesitz an Steinbrüchen wäre unter Berufung auf Artikel 153 und 156 der Reichsverfassung zu enteignen, laufende Pachtverträge dürften nicht mehr erneuert und neue nicht mehr abgeschlossen werden. Auf diese Weise kämen allmählich alle für den Wegebau in Betracht kommenden Steinbrüche in den Allgemeinbesitz der Bevölkerung, womit die Grundlage für eine gemeinsame Bewirtschaftung geschaffen wäre.

Nicht weniger wichtig ist der Betrieb der Steinbrüche, die Gewinnung und Bearbeitung der Steine unter eigener Regie. Hier müssen Leitung und Belegschaft in gleichem Maße von dem Gedanken befreit sein, für die Allgemeinheit zu wirken, ihre ganze geistige und körperliche Kraft einzusetzen für die Erfüllung des gestellten Zieles: Der Volksgemeinschaft zu nützen. Betriebsegoismus muß natürlich ebenso scharf bekämpft werden wie der Egoismus privater Betriebsinhaber. Nicht dem Betriebe gilt in erster Linie der durch die Selbstbewirtschaftung erstrebte Vorteil, sondern der Volksgemeinschaft, zu der ja auch die Betriebsangehörigen gehören, in der ihnen als Volksgenossen der auf sie entfallende Anteil des erreichten Vorteils zugute kommt. Wenn der bei der Privatbewirtschaftung dem Privatbesitz zugefallene Profit nicht der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden kann, dann hat die Ueberführung des Besitzes vom Privat zum Gemeineigentum keinen Zweck! An Kräften, sowohl führenden wie ausführenden, ist kein Mangel vorhanden. Leute, die sich bisher dem Privatkapital zur Verfügung gestellt haben, werden bei Ausschaltung des letzteren ihre Kräfte bereitwillig in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Ihre Zahl ist so groß, daß etwaige einer erfolgreichen Gemeinbewirtschaftung entgegenwirkende Personen durch andre leicht ersetzt werden können.

Zuletzt wäre noch die Abgaberegulierung zu besprechen, die ja mit der Arbeitsbeschaffung eng verbunden ist. Der Besitz der Steinbrüche ermöglicht in erster Linie die Versorgung der näheren Umgebung mit Steinmaterial, wodurch dessen Heranhohlung von entlegeneren Steinbrüchen vermieden wird. Hierdurch tritt sowohl eine Frachtverbilligung, als auch eine Entlastung der Eisenbahn und eine geringere Abnutzung der Transportmittel ein. Der Schotterbedarf der Eisenbahn wird unsres Wissens schon jetzt nach diesen Gesichtspunkten geregelt. Doch herrscht auf den übrigen Steinverorgungsgebieten noch völlige Regellostigkeit. Wenn auch unter den bestehenden Verhältnissen die Preise etwas reguliert werden, weil die Beziehung des Steinmaterials auf möglichst Billigkeit ihres Bedarfs bedacht sein müssen, so könnte auf diesem Gebiet durch planmäßige Wirtschaft doch manche Verbesserung geschaffen werden.

Unsre Reichs-, Landes-, Provinzial- und Gemeindevertreter können nach dieser Richtung eine äußerst segensreiche Tätigkeit entfalten. Wir sind uns bewußt, daß bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zuständen der Verwirklichung große Hindernisse entgegenstehen, denn die einzelnen Körperschaften haben heute andre lebensnotwendigere Aufgaben zu lösen; aber nichtsdestoweniger ist es Aufgabe unsrer Kollegen, dahingehende Bestrebungen zu unterstützen und bereits in eigener Regie befindliche Betriebe durch hingebungsvolle Mitarbeit zu fördern.

Geldbewertung — Beitragsbewertung.

Die in voriger Nummer des „Steinarbeiter“ veröffentlichte Abrechnung vom 2. Quartal d. J. weist einen Hauptkassenbestand von rund 545 Millionen Mark nach. Am 2. Juli stand der Dollar auf 160 000 Mark. Die damaligen 545 Millionen hatten also auf Dollar umgerechnet einen Goldwert von 14 306,34 Mark. Vier Wochen später, am 1. August, stand der Dollar auf 1 100 000 Mark. Die 545 Millionen Papiermark hatten, ihr Nachvorhandensein vorausgesetzt, nur noch einen Goldwert von 2080,91 Mark. Am 3. September war der Dollar auf 9 700 000 Mark geklettert, infolgedessen schrumpften die 545 Papiermark auf 235,97 Goldmark zusammen. Am 1. Oktober hatte der Dollar die ansehnliche Höhe von 242 Millionen Mark erklommen und damit den obigen Kassenbestand von 545 Millionen Papiermark auf 9,45 Goldmark herabgemindert. Doch dem Dollar ist der höchste Gipfel zu niedrig. Sein Ziel liegt in den schwindelhaftesten Höhen. Am 3. November meldete der Kurszettel: 1 Dollar = 420 Milliarden Papiermark. Wo bleibt da unser armseliger Kassenbestand vom 2. Quartal? Er ist am gleichen Tage sage und schreibe noch 54 1/2 Goldpfennig wert. Doch sein Leidensweg ist noch nicht erschöpft. Die „Berufskrankheit“, die Schwindelucht, hat ihn dermaßen gepackt, daß seine Lebenszeichen immer schwächer werden. Am 20. November, als die Goldmark am Dollar gemessen 1 Billion Papiermark erforderte, ist der einstige, ganz respektable Kassenbestand von 545 Millionen Mark noch ein Zwanzigstel Goldpfennig wert.

Im Zusammenhang ergibt sich folgende Darstellung:

	545 000 000 Papiermark	Goldmark
am 2. Juli 1923	= 14 306,34	
.. 1. August 1923	= 2080,91	..
.. 3. September 1923	= 235,97	..
.. 1. Oktober 1923	= 9,45	..
.. 3. November 1923	= 0,545	..
.. 20. November 1923	= 0,0545	..

So wie es dem Kassenbestand vom 2. Quartal ergangen ist, erging es auch den später aufgebrachten Verbandsgeldern. Verbandsbeiträge, welche am 1. Juli erhoben wurden und beispielsweise erst am 1. August in die Hauptkasse flossen, waren nur noch den siebenten Teil dessen wert, was sie am Erhebungstage galten. Sandte der Ortskassierer die vereinnahmten Beiträge erst nach

acht Wochen, also am 1. September, an die Hauptkasse ab, so war inzwischen eine sechzigfache Entwertung des einkassierten Geldes eingetreten, während jede weitere Verspätung der Abhebung zu tausenden- und millionenfacher Entwertung der Beitragsgelder führte, ehe sie an ihrem Bestimmungsort, in der Verbandshauptkasse, anlangten.

Da darf es die Kollegen doch nicht wundern, wenn die Aktionskraft des Verbandes nachgelassen hat, wenn der Verbandsvorstand nur noch notdürftig die allerdringlichsten Aufgaben erledigen konnte. Wenn zu der Nachlässigkeit vieler Kassierer nun noch Böswilligkeit von anderer Seite hinzutrat, wenn die Mitglieder in völliger Verkennung oder absichtlicher Entstellung der wirklichen Verhältnisse aufgewiegelt wurden, dem Verbandsvorstand die Beiträge zu sperren, ihm also die Mittel vorzuenthalten, die er zur Vertretung der Mitgliederinteressen benötigt, so können einsichtige Kollegen erkennen, unter welchen schwierigen Verhältnissen das Verbands-schiff durch die fürmlichen Wogen der Inflation gesteuert werden mußte. Der Verbandsvorstand wünscht nichts sehnlicher, als den Mitgliedern vor dem Forum des Verbandstages Rechenschaft über sein Tun abzulegen, nicht minder aber auch Rechenschaft zu fordern von denen, die den Verband in seiner schwersten Zeit teils im Stiche gelassen, teils ihm direkt entgegen gearbeitet haben. Leider ist aber wegen der hohen Kosten an die Abhaltung eines Verbandstages vorläufig nicht zu denken. Erst der Eingang eines Verbandsbeitrages wird den Verband wieder zu dem machen, was er vorher war, zu einem festen Schutz- und Trutzgebilde gegen Unternehmervillkür und sonstige Gefahren.

Wie schaffen wir dem Verband wieder eine feste finanzielle Grundlage?

Diese wichtige Frage könnte dahin beantwortet werden: „Wenn die Entlohnung und ihre Berechnung nach wertbeständigem Gelde erfolgt, werden auch die Beiträge dementsprechend in wertbeständigem Gelde geleistet, und dann ergibt sich das weitere von selbst!“ Diese Antwort genügt jedoch nicht. Denn ehe der Verband wieder zu dem Fort wird wie vor der Inflation, würden trotz wertbeständiger Beiträge sicherlich viele Monate vergehen und während dieser Zeit müßte bei allen ernstlichen beruflichen Vorkommnissen zurück- oder ausgewichen werden. Wir wollen diese wenig erfreuliche Aussicht aus naheliegenden Gründen nicht näher beschreiben, auch schon deshalb nicht, weil jedes Verbandsmitglied, welches Erfahrung im gewerkschaftlichen Kampf besitzt, es ohne weiteres selber kann. Soll unser Verband den künftigen Geschicknissen und Anforderungen sich gewachsen zeigen, dann ist in erster Linie der wöchentliche Verbandsbeitrag in wertbeständigem Gelde zu leisten, das kann selbstredend nur dort geschehen, wo die Entlohnung und ihre Berechnung in solchem Gelde erfolgt. Die Höhe des Beitrages richtet sich wie bisher nach der Höhe des festgesetzten Stundenlohnes, aber keinen Pfennig darunter! Würde das endlich von sämtlichen Mitgliedern eingehalten, dann wäre sicherlich schon viel gewonnen.

Die vorläufig außer Kraft gesetzten Zuschuhunterstützungen für Kranke und Arbeitslose müssen auf längere Zeit noch zurückgestellt bleiben; die eventuelle Wiedereinführung kann ohne Bedenken dem künftigen Verbandstage vorbehalten bleiben. Neben diesen Maßnahmen muß auch weiterhin mit aller Sparlichkeit gewirtschaftet werden, damit der Verband in absehbarer Zeit wieder einen Fonds aufweisen kann, der den Mitgliedern in ihrem Kampf ums Dasein das Rückgrat steift. Gewiß soll auch in der Agitation und bei den üblichen Verhandlungen gespart werden, obwohl wir alle wissen, daß es hier eine gewisse Grenze gibt, bei der es um das Ansehen und der Werkschätzung des Verbandes geht. Beides ist gleichbedeutend mit dem Belange der Verbandsmitglieder. In der Agitation konnte in den letzten Jahren recht wenig geleistet werden, weil es unmöglich war, die Kosten aufzubringen. Die einzelnen Gauleiter und Bezirksvertreter neben andern Kollegen haben gewiß bei kargem Gehalt und ebenso kargem Aufwandsersatz das menschenmöglichste getan mit dem erfreulichen Erfolg, daß der Verband allgemein eine recht stabile Mitgliederzahl aufweisen konnte. Doch auf schriftlichem Gebiet mußte die größte Einschränkung erfolgen. Flugblätter, Broschüren usw. konnten bei keiner Gelegenheit mehr zur Verteilung gelangen, obgleich die Erziehung und Schulung der in den Nachkriegsjahren neugewonnenen Mitglieder es dringend erforderlich hätte. Heute läßt sich noch nicht mit Sicherheit voraussagen, ob die nahe Zukunft darin besser wird. Schmerzlich berührt hat es mindestens alle ernsthaften Mitglieder, daß nach und nach unser Verbandsorgan, „Der Steinarbeiter“, eingeschränkt werden mußte. Der jetzige Zustand mit dem monatlichen Erscheinen ist ernsthaft nicht mehr aufrechtzuerhalten, wenn wir nicht wollen, daß Fühlung und Zusammenhalt gänzlich in die Binsen gehen. Vor allen Dingen haben die Verbandsmitglieder, die mit allen Fasern an der Organisation hängen, ihre Tatkraft darauf zu richten, daß unser Blatt, „Der Steinarbeiter“, wieder öfter, und im weiteren Verlauf auch in größerem Umfang herauskommen kann. Verbandsvorstand und Redaktion sind überzeugt, daß ein großer Teil Mitglieder schließlich kein Opfer scheut, um dieses zu ermöglichen. Die Frage ist nur: Wie? Denn vor allen Dingen darf der neuzubildende Verbandskampffonds nicht von vornherein durch die erforderlichen Papier- und Druckkosten der Zeitung in Frage gestellt werden. Die beste Lösung brächte zweifellos die Aufhebung des bisherigen Obligatoriums, durch das bekanntlich jedes Mitglied die Zeitung auf Grund der Beitragsleistung erhält. In der Uebergangszeit zur Neubildung eines Verbandsfonds hätte sicher das kleine Opfer von den Mitgliedern getragen werden können. Eine Verbandsvorsitzungsbesitzung am 5. Dezember lehnte jedoch die Aufhebung des Obligatoriums ab! Es bleibt demnach bei dem bisherigen Zustand, daß jedes Mitglied sich die Zeitung bei der Post bestellt und die Abonnementsgebühren auf den Wochenbeitrag angerechnet erhält. Diese Einrichtung besteht jetzt ein Vierteljahr, sie mußte getroffen werden, um der Hauptkasse bedeutende Ersparnisse (Papierverbrauch, Versandkosten usw.) zu ermöglichen. Von dem Recht und der Pflicht der persönlichen Zeitungsbestellung haben leider noch nicht einmal 3000 Verbandsmitglieder Gebrauch gemacht. Wohl ist die große Arbeitslosigkeit und die ebenso große Kurzarbeit der Hauptgrund, sicher aber auch die verfluchte Bequemlichkeit, sich nicht der kleinen Mühe zu unterziehen, um die Bestellung bei der örtlichen Post zu vollziehen. Das hierin zum Ausdruck kommende geringe Interesse am Verbandsleben ist

wirklich beschämend! Die Zahlstellenverträge haben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln der Aufklärung und Belehrung die Mitglieder zu veranlassen, den „Steinarbeiter“ bei der Post zu bestellen oder auch die Zahlstellenverträge vollziehen selber die Gesamtbestellung und bringen dann in irgendeiner Weise die Zeitung zur Verteilung. Um das Interesse zu erwecken, dürfte sich wohl immer empfehlen, wenn der Zahlstellenvertragsvorstand die Bestellung vollzieht, die Abonnementsgebühren vorher von den einzelnen einzuziehen, unbefristet der Anrechnung auf den Beitrag.

Das bisherige monatliche Erscheinen der Verbandszeitung hat tatsächlich eine empfindliche Lücke im Organisationsleben hervorgerufen, die so schnell wie möglich wieder ausgefüllt werden muß. Vom Januar 1924 an soll „Der Steinarbeiter“ wieder alle zwei Wochen im bisherigen Umfang erscheinen, das ist unter den gegenwärtigen Umständen eine große Belastung der Verbandshauptkassse, die durch die Mitglieder ohne große Schwierigkeit abgewendet werden könnte, wenn jeder Abonnent, der dem Verbande angehört, einfach auf die Anrechnung der Abonnementsgebühren auf den Wochenbeitrag verzichtet. Die Abonnementsgebühr beträgt vom 1. Januar 1924 pro Monat 20 Pf. (Rentenmarkt), sicherlich ein Betrag, der im Interesse der Sache nicht besonders für den einzelnen ins Gewicht fällt. Würde dieser Verzicht in allen Zahlstellen propagiert und praktisch durchgeführt, dann könnte „Der Steinarbeiter“ sich selber tragen (Papier und Druck); die Verbandszeitung wäre eine dauernde Belastung los; die Neubildung eines Verbandsfonds würde damit gefördert, und weiter wäre wichtig, daß dann die Möglichkeit besteht, den „Steinarbeiter“ wieder wöchentlich herauskommen zu lassen. Vielleicht gar schon vom 2. Vierteljahr an. Die Mitglieder haben es also selber in der Hand, ohne große Belastung des Verbandes und seine Einrichtungen wieder zu kräftigen! Ob sich in diesem Falle wohl Kollegen beiseite stellen? Wir glauben es nicht! Man redet und schreibt in jeder Zeit soviel vom Wiederaufbau auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Davon ist vieles richtig und sicher auch bitter notwendig; notwendig aber auch vor allen Dingen auf gewerkschaftlichem Gebiet. Dieser Wiederaufbau kann aber nur gelingen, wenn jedes einzelne Mitglied sich der Verantwortung für den Verband bewußt ist und soweit seine Kraft es zuläßt, mit Hand anlegt, damit wir wieder eine feste finanzielle Grundlage im Verbande bekommen. — Deshalb Kollegen und Kolleginnen, bestellt den „Steinarbeiter“ bei der Post; verzichtet auf die Anrechnung dieser kleinen Ausgabe auf den Wochenbeitrag und helfst auf diese Weise dem Verband aus der Misere heraus, in die ihn die Inflation und die Wirtschaftsnote hineingezerrt hat. Im Organisationsleben der Arbeiter gilt heute mehr denn je das Wort: „Treue um Treue!“ Und wird so verfahren, wie in den vorstehenden Zeilen dargelegt wurde, dann hat unsere eigene und willensstarke Kraft den Wiederaufbau vollzogen und wir können dann den Provokationen und den augenblicklich wieder recht hochgehraubten Forderungen und Wünschen der Arbeitgeber in der Natursteinindustrie das notwendige Paroli bieten! Es hilft kein Reden, kein Schreiben, keine Kritik dem Verband und der gegenwärtigen Lage heraus, sondern nur Handeln im freiwilligen Willen!

Anmerkung. Die erste Nummer des „Steinarbeiter“ im neuen Jahre erscheint am 12. Januar und dann fortlaufend alle zwei Wochen. Die Bestellung bei der Post muß nach neuerer amtlicher Verfügung bis zum 28. des Vormonats erfolgen. Man warte mit der Bestellung jedoch nicht bis zum äußersten Tag, sondern besorge sie sofort. Der Bezug für Januar muß also bis zum 28. Dezember bei der Post bestellt worden sein.

Aus den Zahlstellen.

Stettin. Eine kombinierte Versammlung der Steinseher (Pflasterer) und Berufsgenossen Deutschlands, Filiale Stettin einerseits und des Steinarbeiter-Verbandes, Filiale Stettin, andererseits tagte am Sonntag im Lokal Mayer, Saunterstraße 1. Zunächst wurde das Ableben des Kollegen Gustav Schmidt in üblicher Weise geehrt. Der Vorsitzende Dinje wies dann auf die Bedeutung der Verschmelzung hin und erstellte dem Kollegen Nau das Wort. Kollege Nau trug dann noch in kurzen Umrissen die Ursachen der Verschmelzung vor und unterzog diejenigen, die gegen die Urabstimmung gearbeitet haben, einer scharfen Kritik und mahnte besonders zur Einigkeit. Nachdem die Verschmelzung vollzogen war, hieß der Kollege Schmidt vom Steinarbeiterverband die Kollegen vom Steinseherverband herzlich willkommen. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten! Auf Antrag des Kollegen Adolf Lau und Gustav Schmidt wurde der Kollege Heinrich Nau wieder mit den Verbandsgeschäften betraut und gleichzeitig als Hauptkassierer gewählt. Alle andern Posten wurden erst dann erledigt, nachdem der Kollege Nau die Erklärung abgab, nach wie vor die Interessen des Verbandes zu vertreten. In dieser schweren Zeit müsse jeder auf seinem Posten ausstehen, damit das Ertrugene auch erhalten bleibe. Darüber hinaus fordert Redner die Kollegen für das nächste Jahr zur tatkräftigen Agitation auf, hierauf wurden die Kollegen Schmidt und Franz vom Steinarbeiterverband in den Vorstand gewählt, ersterer als Vorsitzender, letzterer als Schriftführer. Alle andern Funktionäre behielten ihre Ämter. Kollege Paul Arthun gibt noch das Resultat der eingegangenen Beiträge für die Sterbunterstützungskasse bekannt und hob noch hervor, daß jetzt alle Kassen verjagen und wie wertvoll es deshalb ist, wenn wir uns selbst helfen. Da zum Schluß noch einige intime Angelegenheiten erledigt wurden, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Rundschau.

Lehrreiche Zahlen.

Datum	1 Goldmark = Papiermark	Zeitraum
Juli 1914	1	
Januar 1920	10	66 Monate
3. Juli 1922	100	30 "
21. Oktober 1922	1 000	108 Tage
31. Januar 1923	10 000	101 "
24. Juli 1923	100 000	176 "
8. August 1923	1 000 000	13 "
7. September 1923	10 000 000	30 "
3. Oktober 1923	100 000 000	26 "
11. Oktober 1923	1 000 000 000	8 "
22. Oktober 1923	10 000 000 000	11 "
3. November 1923	100 000 000 000	12 "
20. November 1923	1 000 000 000 000	17 "

Diese Tabelle zeigt: 1. die jeweilige zehnfache Verschlechterung der Papiermark seit Kriegsausbruch, 2. die immer schneller vor sich gehende Verschlechterung, der weder die Löhne zu folgen vermochten und noch viel weniger die Verbandsbeiträge gefolgt sind, 3. wo die geleisteten Beiträge zum größten Teil geblieben sind. Sie sind, ehe sie in die Verbandskasse gelangten, von der Kassenströmung des Jahres 1923 hinweggeweht wie alle Papiermarktauhaber, 4. daß wir von neuem mit der Bildung eines Kampffonds beginnen müssen, wenn die Kollegen nicht schuldlos der Willkür der Unternehmer preisgegeben sein wollen.

Aus der Steinindustrie. Die im 18. Jahrgang erscheinende Zeitschrift „Der Steinbruch“ wird vom 1. Januar 1924 an unter dem Titel „Die Stein-Industrie“ herauskommen. Wird der redaktionelle Teil so ausgedehnt, wie es die Anfindigung bekannt gibt, dann ist die Aenderung ein der vielseitigen Natursteinindustrie zugute kommender Fortschritt.

Beitragsperre. Es ist hier und dort Mode geworden, daß Mitglieder einzelner Orte und Betriebe erklären, keine Beiträge für den Verband mehr zu leisten, wenn dieser nicht schnellstens einen besseren Lohnvertrag schafft, oder sonst irgendwelche Maßnahmen ergreift, die wirtschaftliche Not der Kollegen zu ändern. DGB, Regierung, Aufruf zum Kampf sind die Stichworte, die uns auf diese Art übermittel werden. Die Beitragsperre bedeutet nichts andres, als den Teufel durch Beelzebub auszutreiben, das verkehrteste Mittel anzuwenden. Wer ist der Verband? Jedes einzelne Mitglied ist ein Teil desselben. Durch die Beitragsperre will man den Verband schädigen, man schädigt sich also selbst. Durch Verweigerung der Beiträge schwächt man den Verband und dieser ist dadurch noch viel weniger in der Lage, bessere Tarife zu schaffen. Dem Unternehmertum wird durch solche Maßnahmen erst recht der Rücken gestärkt. Sondernarweise zeigen solche Beitragsperren, wenn sie dem Unternehmer gegenüberstehen, recht wenig Courage.

Viele Mitglieder vergessen eins, und zwar, daß sie in dem Augenblicke, wo sie keine Beiträge mehr zahlen, sich außerhalb des Verbandes stellen. Viele dieser Käufer im Streit bilden sich ein, mit ihrer „Selbstent“ den Angestellten eins auszuwichen. Ob es ihnen wirklich unbekannt ist, daß diese sich wirtschaftlich schlechter stellen, als sie selbst und nur ihre gewerkschaftliche Treue und Disziplin sie auf ihrem Posten ausbarren läßt?

Soziales. Schlichtungsordnung und Verbindlichkeitsklärung. Eine Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923, RGBl. Seite 1043, bringt eine Umstellung der Schlichtungsausschüsse und ihrer Aufgaben von sehr wesentlicher allgemeiner und auch für die Betriebsräte besonderer Bedeutung. An die Stelle der vom Reichsarbeitsminister bisher bei großen Tarifstreitigkeiten gebildeten Schlichtungsausschüsse tritt ein System von Schlichtern, die in den einzelnen Wirtschaftszweigen diese Aufgaben übernehmen, außerdem kann in besonderen Fällen der Reichsarbeitsminister wie bisher Schlichter bestellen (bei Verhandlungen zum Abschluß von Reichstarifen und in ähnlichen Fällen). Die Schlichtungsausschüsse werden in Zukunft nur zum Abschluß von Gesamtvereinbarungen (Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen) tätig. Statt der bisherigen beiderseitigen je drei Beisitzer wirken in Zukunft auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite nur je zwei Beisitzer mit. Der unparteiische Vorsitzende ist obligatorisch. Die Verbindlichkeitsklärung eines Schlichters erfolgt, „wenn die in ihm getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist“ (§ 6), künftig durch den Schlichter für Schiedsprüche von geschlichen oder vereinbarten Schlichtungsstellen, in den andern Fällen durch den Reichsarbeitsminister.

Die Trennung der Gesamt- und der Einzelstreitigkeiten bringt eine sehr erhebliche Entlastung der Schlichtungsausschüsse. Sämtliche Einzelstreitigkeiten kommen vor die Arbeitsgerichte. Dadurch wird die bisherige Tätigkeit der Betriebsräte wesentlich geändert. Für folgende Ausgaben aus dem BRG. sind künftig die Arbeitsgerichte ausschließlich zuständig (§ 1 Art. II): §§ 82-90 Einstellungs- und/Entlassungen, §§ 39 Abs. 2, 41, 44 Abs. 1, 56 Abs. 2 und 60, sämtlich die Abhebung von BR-Mitgliedern betreffend, weiter §§ 43 Abs. 2, 44 Abs. 4 Satz 2 Bestellung einer vorläufigen BR-Vertretung, § 52 Umwidmung der Gesamt- bzw. gemeinsamen BR, §§ 56 Abs. 2 und 60 Bestellung einer vorläufigen Vertretung, § 80 Abs. 2 Straffestsetzung im Einzelfalle, §§ 93 Zuständigkeitsstreitigkeiten, § 97 Erlass der Zustimmung zur Kündigung eines BR., ebenso § 98.

Arbeitsgerichte sind einsteilen die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und, wo solche nicht bestehen, die neuen Schlichtungsausschüsse, in solchen Fällen in der Besetzung von einem Vorsitzenden und je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer. Die Urteile sind nicht berufungsfähig. Die Schlichtungsausschüsse als Arbeitsgerichte erhalten Vollstreckbarkeitsbesugnis.

Der III. Abschnitt der Verordnung vom 23. Dezember 1918, Ziffer II des § 104 BRG. und §§ 22-28 der Verordnung vom 12. Februar 1920 treten nach Durchführung dieser neuen Verordnung außer Kraft, welche praktisch Anwendung ab 1. Januar 1924 finden soll, wenn der Reichsarbeitsminister nichts andres bestimmt.

In den nächsten Wochen bleibt es also noch bei den bisherigen Methoden. Die Betriebsräte müssen sich aber jetzt schon auf die neuen Verhältnisse umstellen. Die künftige Rechtslage stellt eine gewisse Klärung dar, die auch im Interesse der Arbeitnehmer liegt. Die Vertretung der Arbeitnehmer bei Entlassungsstreitigkeiten durch die Betriebsräte vor den Arbeitsgerichten ist noch zu regeln, denn den Betriebsräten mangelt die aktive Parteifähigkeit, so daß sie nur als Beauftragte der gekündigten Arbeitnehmer tätig werden können. Eine Reihe weiterer Zweifelsfragen werden sich bei so umfassenden Aenderungen auch noch ergeben. Es wird daher nötig sein, noch vieles hierzu zu sagen. Deshalb sind diese Darlegungen auch nur die erste Einführung in diese neue Materie.

Ein neues Ermächtigungsgesetz wurde mit großer Mehrheit dem neuen Reichskabinett Dr. Marx im Reichsparlament bewilligt. Darob große Meinungsverschiedenheiten innerhalb Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreisen. Die Frage sind so: Das Gesetz oder Auflösung mit eventueller Neuwahl. Die sozialdemokratische Fraktion in ihrer Mehrheit stimmte dem Gesetz zu, nicht aus Angst vor Neuwahlen, wie ihr vielfach unterstellt wird, sondern weil sie nicht durch eine neue Parlaments- und Regierungskrise die Angelegenheit der Gesundung im Wirtschaftsleben, im Preisabbau, in der Stabilisierung der Währung und in der Anbahnung einer so bitter notwendigen Auslandsanleihe mit einem Schlage wieder vernichten wollte. Die Deutschnationalen haben sich allerdings redliche Mühe gegeben, diesen Zerstückelungswillen in die Tat umzusetzen, sie leben bekanntlich nur von Krisen, Intrigen, Putzchen und Ministerstürzerei. Die sozialdemokratische Fraktion handelte jedenfalls im Interesse des arbeitenden Volkes, wenn sie mit ihrem Beschluß von den schärfsten Gegnern des Proletariats abrückte. Das sollten vor allen Dingen jene beachten, denen der Beschluß des Parlaments nicht behagt. — Zu beachten ist weiter, daß bei Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes die Regierung auf Grund Artikel 48 der Reichsverfassung die Geschäfte geführt hätte, der ihr noch größere Rechte und Vollmachten unter dem bestehenden Zustand einräumt wie das neue Ermächtigungsgesetz, das bis zum 24. Februar 1924 in Kraft bleibt. Das Gesetz gibt der Regierung Vollmacht, ohne umständliche Parlamentsverhandlungen die nötigen Maßnahmen auf Finanz- und Feuerpolitischem Gebiet zu treffen. Damit der drohende finanzielle Zusammenbruch vermieden wird. Zwangsläufig werden hieraus Verfügungen entstehen, die uns alle nicht gefallen werden, die wir aber eher ertragen können wie eine Rechtsdiktatur oder eine Finanzkontrolle der Entente. Dann hört man auch in Arbeiterkreisen, daß die fortwährende Ministerstürzerei kein Dauerzustand werden möchte. In einem Jahre haben wir vier Kabinette kommen und gehen sehen (Dr. Wirth, Dr. Cuno, Dr. Stresemann zweimal, Dr. Marx). Bei diesem Zustand muß jede Regierungsarbeit unfruchtbar bleiben. Außerhalb des Parlaments schreit das Volk nach Maßnahmen, die den Staat und die Wirtschaft vorwärts bringen, und ehe die neuen Minister sich eingearbeitet haben, kommen neue Männer, die das Eingeleitete wieder umstoßen. Uns deucht, daß auch hier mehr Einsicht zur Gesundung kommen muß, sonst ist auf diesem Gebiet Deutschland in der Welt voran, voran im politischen Minister-Massenmord.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Am 22. Dezember ist der 51. Wochenbeitrag fällig.

Die Abrechnungen vom 3. Vierteljahr stehen noch von einer großen Zahl der Verbandsorte aus. Die baldige Einsendung ist notwendig.

Restierende Beiträge dürfen nur in der Höhe nachgeliefert werden, wie am Tage der Nachzahlung der Stundenlohn zur Auszahlung gelangt.

Der auf Antrag der Zahlstelle Weimar aus dem Verbande ausgeschlossene Kollege Paul Harz wurde auf seine Berufung vom Verbandsausschuß wieder in seine Mitgliedsrechte eingeleitet.

Ausgeschlossen wurde auf Antrag der Zahlstelle Windisch-Eschenbach der Steinarbeiter Leo Ströb.

Mit der am 16. 12. 23 vollzogenen Umstellung des Postverkehrs auf Rentenmarkt sind wir gezwungen, unsere gesamte Beitragsleistung ebenfalls auf Renten- oder Goldmarkbasis zu stellen.

Beitragsmarken werden nur noch nach Pfennigwert (Rentenmarkt) versandt. Vorhanden sind Beitragsmarken von 10-100 Pfennig, gestaffelt von 5 zu 5 Pfennig. Der Wochenbeitrag richtet sich nach Wert und nach der Höhe des Stundenverdienstes. Wir machen es den Mitgliedern zur dringenden Pflicht, den Beitrag in allen Fällen auf volle 5 Pfennig nach oben zu runden.

Ab 1. Januar 1924 haben alle Zahlstellen sämtliche Beitragselder direkt an die Hauptkasse zu senden, soweit sie nicht vom Verbandsvorstand besonderen Auftrag haben, ihre Gelder an die Gauleiter abzuliefern.

Arbeitsangebote für Steinmehlen und Schleifer nach Kopenhagen (Dänemark) müssen trotz aller günstigen Berprechungen abgelehnt werden, weil die Steinarbeiter dort in Lohnbewegung stehen.

Adressenänderungen.

1. Gau. Kiel, Dorf.: Feinr. Brüh, Weissenburgstraße 31, III. Kass.: Feinr. Rübiger, Beseler Allee 69, Hb. II.
3. Gau. Hainichen i. Sa. Kass.: Rudi Eidner, Friedhofstraße 4.
6. Gau. Unter-Gimpert b. Einsheim (Baden). Dorf.: Alois Knobel, Kass.: Ferdinand Krieger.
9. Gau. Allendorf (Kreis Wehlar). Dorf.: Karl Sellnau, Kass.: Wilh. Biemer I. — Fehlbühlhau. Dorf.: Adolf Groth, Neustadt (Post Rennerob), Kass.: Alois Groth, Neustadt (Post Rennerob), Kr. Westerburg. — Obermörlen. Dorf.: Wilh. Lebendroth, Schwalheim b. Bad Nauheim.
10. Gau. Halle a. S. Dorf.: Hans Patriz, Streiberstraße 9. Kass.: Karl Ganzer, Thorstraße 53, S. — Löbejün. Kass.: Hermann Randig, Hohewarte.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Der bekannte englische Publizist H. G. Wells, der unter Mitwirkung eines Stabes hervorragender Fachgelehrter diese „Grundlinien der Weltgeschichte“ verfaßt, hat sich das große Ziel gesetzt, eine gemeinsame Auffassung der Geschichte vorzubereiten, ohne die ein gemeinsamer Friede und gemeinsame Wohlfahrt niemals gesichert sein können. „Solange nicht gemeinsame Ideen zur harmonischen Zusammenarbeit führen, solange beschränkte, selbstsüchtige und widerstrebende nationale Traditionen herrschen, werden Rassen und Völker immer wieder zu Streit und Empörung getrieben werden. Unsere innere Politik und unsere ökonomischen und sozialen Ideen sind tief durchseucht von falschen und phantastischen Voraussetzungen über den Ursprung und den geschichtlichen Zusammenhang der sozialen Klassen. Eine Auffassung der Geschichte als gemeinsames Erleben der gesamten Menschheit ist für den sozialen Frieden so nötig, wie für den Völkfrieden.“ Auf diesen Grundgedanken aufbauend schildert Wells, dessen anschaulicher und geistvoller Stil nicht zum wenigsten seinen literarischen Ruhm begründet haben, in acht großen Abchnitten die gesamte Weltgeschichte bis auf die neueste Zeit; die Entstehung unsrer Welt; die Entstehung des Menschen; die Morgendämmerung der Geschichte; Judäa, Griechenland und Indien; der Aufstieg und der Zusammenbruch des Römischen Reichs; Christentum und Islam; die mongolischen Reiche und die neuen Reiche; das Zeitalter der Großmächte. Wells verzichtet auf Familienschronik von Dynastien und Schlachtdaten, die in den üblichen historischen Handbüchern die Erkenntnis organischer Zusammenhänge der Menschheitsgeschichte verwirren, er verliert sich nicht in letzten Endes bedeutungslosen Einzelheiten, die nur einem nationalen Egoismus wichtig erscheinen, sondern er konzentriert sich auf die Schilderung der großen geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Strömungen, und so wird sein Werk zu einer „unerschöpflichen Fundgrube interessanter Gesichtspunkte und sehr origineller Verknüpfungen“. Namhafte Kritiker, wie Ernst Troeltsch, Graf Hermann Keyserling und andre, hoben die Gedankentraft der Wellschen Konzeption hervor und bezeichneten sein, nun in vorzüglicher deutscher Uebersetzung vorliegendes Werk als „epochenmachend“. Daß gerade in den angelsächsischen Ländern, die sich doch bisher durch eine mehr als einseitige, egoistische Geschichtsauffassung von der übrigen Welt abschlossen, schon 700 000 Exemplare dieses Werkes abgesetzt werden konnten, beweist, welche starke, verbende Kraft der Wellschen Geschichtsdarstellung zugesprochen werden muß.

Es ist zu begrüßen, daß der Verlag für Sozialwissenschaft (Berlin SW. 68) den Bezug dieses Werkes erleichtert hat, indem er es in 14 Lieferungen zum Grundpreis von je 50 Pf. herausgibt, deren erste in schöner Ausstattung und mit vielen Bildern vorliegt und die beiden ersten Abschnitte des Werkes umfaßt.

Anzeigen

Marmorschleifer
für Maschine per sofort gesucht. Es kommen nur Bewerber in Frage, die vollkommen perfekt sind und schon längere Zeit an der Schleif- und Bohrmaschine gearbeitet haben. Lohn nach Tarif, Logis vorhanden. Ausführliche Angaben an
M. Jacobowitz, Marmor-Industrie Gleiwitz (Deutsch-Oberschlesien)
Rendelstraße 18.

Bücher die in feiner Zahlstelle festben dürfen, für Betriebsräte u. Gewerkschaftsfunktionäre empfehle
Verlag des DGB, Berlin SO. 16
Engelstraße 24.

Schriften-Archivtonit
Methode zum Selbstlernen
J. Siegler, Gleben, Eiserstr. 37.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden

In **Abelshagen** am 21. Oktober der Brecher Wilhelm Kleiner, 48 Jahre alt, Berufsunfall.

In **Bühlberg** am 1. November der Granitsteinmetz Raymond Stifter, 20 Jahre alt, Lungenkrank.

In **Neuhaus** am 1. November der Pflastersteinmacher Georg Kislinger, 43 Jahre alt, Wasserlucht.

In **Striegau** am 14. November der Pflastersteinmacher Karl Richter, 73 Jahre alt, Grippe.

In **Berlin** am 17. November der Schleifer Emil Galitz, 48 Jahre alt, Gehirnerweichung; am 19. November der Schleifer Fritz Steffen, 68 Jahre alt, Herzschlag.

In **Leipzig** am 21. November der Bildhauer Max Strobel, 41 Jahre alt, Lungen tuberkulose.

Chrestobrem Andentent!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold. Verlag von Ernst Winkler beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig